



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

31. Sitzung (öffentlich)

25. April 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:45 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokollerstellung: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung verständigt sich der Ausschuss auf Wunsch der CDU-Fraktion darauf, die in der Sitzungseinladung E 14/687 unter Punkt 8 aufgeführten Unterpunkte zu eigenständigen Tagesordnungspunkten zu erheben. Danach wird der Unterpunkt b) zu TOP 8, der Unterpunkt a) zu TOP 9 und der Unterpunkt c) zu TOP 10. Angefügt wird TOP 11 „Verschiedenes“.

7

1 2. Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zu dem Projekt „Selbstständiges Wohnen behinderter Menschen - Individuelle Hilfen aus einer Hand“

8

Vorlagen 14/952 und 14/1032
Zuschrift 14/876

Der Sprechzettel von StS Prof. Dr. Stefan Winter (MAGS) ist *Anlage 1* zu entnehmen.

Der Ausschuss ist an weitergehenden Erkenntnissen des Ministeriums beispielsweise über Zielvereinbarungen interessiert.

2 Den Menschen in den Mittelpunkt stellen - Psychiatrieversorgung in NRW weiterentwickeln und ganzheitlich ausrichten 18

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2105 - Neudruck -

In Verbindung damit:

Psychische Erkrankungen frühzeitig erkennen und behandeln - durch verstärkte Aufklärung und niedrigschwellige Angebote zur Entstigmatisierung beitragen

Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2415

Ausschussprotokoll 14/345

- erste Auswertung der öffentlichen Anhörung vom 31. Januar 2007

Der Vorsitzende will es bei dieser ersten Auswertung der Anhörung belassen. Auf der nach der Sitzung beginnenden Informationsreise einer Delegation des Ausschusses nach Wien sollen die Gemeinsamkeiten in dieser Frage ausgelotet werden.

3 Mehr Zuwendung für pflegebedürftige Menschen durch Entbürokratisierung 22

Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1984

In Verbindung damit:

Mehr Zeit für die Pflege - bürokratischen Aufwand vermeiden - Heimgesetz zeitgemäß neu ausrichten!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2409

In Verbindung damit:

Reform des Heimgesetzes auf Landesebene muss Interessen der Pflegebedürftigen stärker berücksichtigen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2410

Ausschussprotokoll 14/321

Vorlage 14/1017

Der Sprechzettel von StS Prof. Dr. Stefan Winter (MAGS) ist *Anlage 2* zu entnehmen.

Der Ausschuss geht entsprechend der Zusicherung von Herrn MDgt Ullrich Kinstner (MAGS) davon aus, dass die Landesregierung die Diskussion über die Eckpunkte im Ausschuss widerspiegeln wird.

4 Passivraucherschutzgesetz (PSG NRW)

25

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3673

- Beschluss einer Anhörung gemäß § 56 GeschO LT

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die in § 56 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags vorgesehene Frist zu verkürzen und am 18. Mai 2007 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen zum Entwurf der Fraktion der SPD für ein Passivraucherschutzgesetz (PSG NRW) Drucksache 14/3673 durchzuführen.

5 Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (KHGG NRW)

26

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3958

- Beschluss einer Anhörung gemäß § 56 GeschO LT

Der Ausschuss beschließt einstimmig, am 15. August 2007 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen zum Entwurf der Landesregierung für ein Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (KHGG NRW) Drucksache 14/3958 durchzuführen.

6 Regelsatzhöhe wegen der Mehrwertsteuererhöhung anpassen 27

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/3644

- abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/3644 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen ab.

7 Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr 28

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 14/2774

Ausschussprotokoll 14/369

- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2774 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen zu.

8 Anhörung von Sachverständigen zur „Novellierung AG-SGB II“ am 22. Mai 2007 29

Die Opposition übt Kritik an der Vorgehensweise der Landesregierung.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, am 22. Mai 2007 eine Anhörung zur Novellierung des AG-SGB II durchzuführen.

9 Expertengespräch zum Antrag „Pflegetnotstand verhindern - Wiedereinführung der Umlagefinanzierung in der Altenpflegeausbildung“ Drucksache 14/3480 am 16. Mai 2007 31

Der Ausschuss beschließt, am 16. Mai 2007 ein Expertengespräch zum Antrag „Pflegetnotstand verhindern - Wiedereinführung der Umlagefinanzierung in der Altenpflegeausbildung“ Drucksache 14/3480 durchzuführen.

Seite

10 Anhörung von Sachverständigen zur „Reform der Versorgungsverwaltung“ am 12. Juni 2007 31

Der Ausschuss beschließt, am 12. Juni 2007 eine Anhörung von Sachverständigen zur „Reform der Versorgungsverwaltung“ durchzuführen.

11 Verschiedenes 32

Das Ministerium sagt zu, dem AGS-Ausschuss in der nächsten Sitzung mitzuteilen, ob Nordrhein-Westfalen sich an dem bundesweiten Benchmarking zum Thema Maßregelvollzug der Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger Psychiatrischer Krankenhäuser beteiligen wird.

7 Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2774

Ausschussprotokoll 14/369

- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Vorsitzender Günter Garbrecht erinnert an die Anhörung des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, an der der AGS-Ausschuss nachrichtlich beteiligt gewesen sei, und weist darauf hin, dass der AWME beabsichtige, in Kürze über eine Beschlussempfehlung für den Gesetzentwurf abzustimmen.

(Keine Wortmeldungen)

Der **Ausschuss** stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2774 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen zu.

